

F./XVIII/210

Bonn, den 5. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Wer soll Präsident des Bundesrechnungshofes werden ?</u>	66

Eine Personalfrage wird zur Grundsatzfrage

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

3 - 5	<u>Kostbares Erbe</u>	35
-------	-----------------------	----

Zur Brannenburger Tagung der Seliger-Gemeinde

5a	<u>Niedersachsen plant langfristig</u>	54
----	--	----

Schwerpunktbildung im neuen Haushaltsplan

6	<u>Die Entscheidung der Griechen</u>	52
---	--------------------------------------	----

Sieg der Zentrums-Union bei den Parlamentswahlen

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Chefredakteur Günter Markscheffel

Wer soll Präsident des Bundesrechnungshofes werden?

Eine Personalfrage wird zur Grundsatzfrage

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Während der Verhandlungen über die Bildung der Regierung Erhard war u. a. auch einmal die Rede von der Übertragung des durch den Tod des bisherigen Präsidenten Dr. H e r t e l verwaisten Amtes des Leiters des Bundesrechnungshofes an einen Koalitionspolitiker. Dieser Gedanke ist glücklicherweise in der Versenkung verschwunden. Eine Politisierung dieses Amtes wäre nicht zu verantworten.

Der Präsident des Bundesrechnungshofes ist der Chef einer mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestatteten Kollegialbehörde, die auf Artikel 114 Absatz 2 des Grundgesetzes beruht und nach dem Gesetz die Bundesrechnungen über Einnahmen und Ausgaben zu überwachen hat. Die Überwachung erstreckt sich auch auf die gegenwärtigen und künftigen Verpflichtungen des Bundes sowie auf die haushaltsmässige Auswirkung seiner Gesetze und Maßnahmen. Gegenstand der Prüfung ist die g e s a m t e finanzwirtschaftliche Betätigung des Bundes.

Damit ist der Rahmen gezogen: der Bundesrechnungshof und sein Präsident tragen eine erhebliche Verantwortung gegenüber allen finanziell wirksamen Akten der Bundesregierung und -verwaltung. Die Beachtung der Gesetzmässigkeit, der Sauberkeit und vor allem auch der Wirtschaftlichkeit erfordern eine personelle Besetzung, die alle notwendigen Garantien für die Bewältigung dieser Aufgaben zu bieten vermag.

Das neue Bundeskabinett wird in Kürze vor der Entscheidung stehen, welchen Mann es für dieses hohe Amt mit Vertrauen ausstatten, mit Verantwortung belasten will. Die Wahl wird nicht leicht sein, sie sollte auch bei der Nominierung geeigneter Persönlichkeiten der Bundesverwaltung sich nur nach sachlichen und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten richten.

Geeignet ist für dieses Amt nur ein wirklicher Verwaltungsfachmann, der Kenner des Haushaltsrechts und ein guter Jurist sein muß. Die absolute Beherrschung des kameralistischen Rechnungswesens des

Bundes sollte selbstverständlich sein. Aber mit formalwissenschaftlichem Denken und Handeln ist es nicht getan! Unsere Kameralistik ist in ihrer Grundeinstellung so statisch-formaljuristisch geblieben, wie wir sie seit Jahrzehnten kennen. Ihr sind betriebswirtschaftlich-ökonomische Gesichtspunkte weitgehend fremd. Hier stellt sich eine Grundsatzfrage, die bei verantwortungsbewusster Entscheidung der Personalfrage nicht ausser acht gelassen werden darf.

Nun kennt der Bund eine Zweiteilung, oder besser gesagt, eine Doppelbelastung der Funktionen des Präsidenten des Bundesrechnungshofs. Er ist zugleich auch Bundesbeauftragter für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und steht dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesregierung und dem Bundesfinanzminister für die Erstattung von Gutachten auf dem Gesamtgebiet der öffentlichen Verwaltung und Finanzgebarung zur Verfügung.

- * Deshalb muß hier eine neue Überlegung einsetzen:
- * Ist es noch richtig und zeitgemäß, diese Personeneinheit aufrecht zu erhalten? Die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung erfordert initiatives Vorgehen und eine gute Kenntnis der im Vergleich zur Kameralistik stürmischen Entwicklung des betrieblichen Rechnungswesens.

So wenig es möglich ist, daß sich der Präsident des Bundesrechnungshofs und seine Mitarbeiter im Rahmen der modernen Kameralistik nicht um die Grundsätze der Volks- und Betriebswirtschaft kümmern, so wenig darf der Bundesbeauftragte für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung bei aller Urteilsfähigkeit in Fragen des kameralistischen Rechnungswesens den ökonomischen Notwendigkeiten einer betriebswirtschaftlich beeinflussten Entwicklung des Bundesrechnungswesens fremd gegenüberstehen. Er sollte gerade auf diesem Gebiet Wegweiser und Initiator sein.

Wenn beide Lösungen nicht in einer Person gefunden werden können, ist eine Teilung des Amtes besser als eine ungenügende Lösung! Auf jeden Fall muß die bevorstehende Entscheidung reiches kameralistisches Wissen, gründliche Kenntnis der Bundesfinanzpolitik und die Beherrschung betriebswirtschaftlich-ökonomischer Fähigkeiten sicherstellen.

Kostbares Erbe

Zur Brannenburger Tagung der Seliger-Gemeinde

ler - Brannenburg

Alljährlich trifft sich in den Herbsttagen im Heim der Postgewerkschafter am Fuße des Wendelsteins die Seliger-Gemeinde, eine Gemeinschaft vertriebener sudetendeutscher Sozialdemokraten. Sie trägt den Namen eines Mannes, dessen Tragik es war, den Schlüssel zum Völkerfrieden in Böhmen-Mähren und im ganzen Donaureaum gekannt zu haben, den aber die Geschichte die Gnade des Erfolges versagte. Die hundertjährige Geschichte der sudetendeutschen Sozialdemokratie füllt viele erregende Seiten, in ihrem Wirken spiegelt sich der Aufstieg des geschichtslosen Proletariats zum ebenbürtigen Bürger der Gesellschaft wie auch das Ringen um nationale Selbstbehauptung und um die Gleichberechtigung aller Nationen des Donaureaumes. Das Nationalitätenprogramm der österreich-ungarischen Sozialdemokratie, von Josef Seliger maßgebend formuliert und zu Beginn dieses Jahrhunderts in der mährischen Hauptstadt Brünn verkündet, hat nichts von seiner Aktualität verloren, seine Ideen behielten ihre Leuchtkraft und bilden eine brauchbare Grundlage für eine gesicherte europäische Völker- und Friedensordnung. Die neun, nach dem ersten Weltkrieg aus dem Verfall des Donaureiches entstandenen Staaten schleppten ihre ungelösten Nationalitätenfragen mit sich herum, sie ließen eine dauernde Stabilität nicht aufkommen. In seiner Rede zur Jahrhundertfeier der sudetendeutschen Sozialdemokratie hat Wenzel Jaksch als einer der Mitakteure das Drama der gescheiterten Bemühungen für die Nachwelt aufgezeigt, die Tschechoslowakei mit ihrer fast vier Millionen deutscher Bewohner in eine zweite Schweiz umzuwandeln. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie und die anderen demokratischen, zeitweise auch an der Regierungsverantwortung teilnehmenden Parteien fanden kein Gehör, der tschechische Staatsnationalismus, ganz gefangen von den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts, brachte dafür kein Verständnis auf.

Zweifrontenkampf

Die sudetendeutsche Arbeiterbewegung geriet zu Beginn der dreißiger Jahre in einen Zweifrontenkampf, der ihre Kräfte überforderte. Das Ringen um die Gleichberechtigung der Sudetendeutschen mit dem "Staatsvolk" der Tschechen beanspruchte ihre ganzen Energien, gleichzeitig galt es, die mächtig heranbrandenden Wogen des Dritten Reiches von den Kämmen des Böhmerwaldes, des Riesens- und Erzgebirges und des mährisch-schlesischen Gesenkes fernzuhalten. Im Sudetengebiet grassierte die Arbeitslosigkeit. Die Sudeten, obwohl nur ein Viertel der Bevölkerung, stellten auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise weit über die Hälfte aller Arbeitslosen. Die Prager Regierung verhinderte in den Grenzgebieten die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sie sah nicht die Versuchungen, die sich dem Arbeitslosenheer durch das Dritte Reich boten. Sie gefiel sich in kleinlicher Nationalitätenpolitik; die Durchsetzung der Post und Eisenbahn mit tschechischen Angehörigen erschien ihr wichtiger als die Versöhnung der Völker. Dennoch gab die sudetendeutsche Sozialdemokratie den Kampf um die soziale Besserstellung und den Schutz der arbeitenden Menschen und um die nationale Gleichberechtigung der Sudetendeutschen nicht auf. Die Entscheidung von München schlug ihr dann die Waffen aus der Hand.

Worin lagen die Quellen ihrer moralischen Stärke, an welchem Wollen und an welcher politischen Zielsetzung orientierte sie ihre damalige Haltung? Darüber sagte Wenzel Jaksch in seiner Rede im Juli dieses Jahres in München:

"Was zwischen 1933 und 1938 auf unserer Seite eine konsequente deutsche Friedens- und Freiheitspolitik war, wurde freilich vielfach als Schützenhilfe für den tschechischen Nationalstaat mißdeutet. Wir wollten aber nicht "mit den Massen irren", weil wir den anti-nationalen Charakter des Nationalsozialismus erkannt hatten. Dies ist die wahre Prüfung für die Bestandskraft eines Volkes, ob es genügend Instinkt und innere Redlichkeit besitzt, das anwarschierende Unheil auch in seiner gleissnerischen Verkleidung zu erkennen. In das Buch der Geschichte ist eingetragen, daß die sudetendeutsche Sozialdemokratie den Nationalsozialismus aus sittlicher Überzeugung heraus bekämpft hat: wegen seiner Mißachtung der Menschenrechte, wegen seiner Judenverfolgungen, wegen der Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland. Jawohl: wir haben die Menschenrechte höher geschätzt, als daß wir das Selbstbestimmungsrecht aus den bluttriefenden Händen eines Tyrannen entgegennehmen wollten, weil aus dem Bündnis mit dem Bösen niemals Gutes erwachsen kann. Leicht war vorauszusehen, daß Hitler das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker mit Füßen treten würde, wenn es seine Eroberungsziele erforderten. Darum sei es über die Grenzen hinweg gesagt, daß wir im Ringen um eine friedliche Lösung auch den tschechischen und dem slowakischen Volke ihr heutiges Schicksal ersparen wollten."

Der Schicksalspruch von München beendete ein ruhmreiches Wirken. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie ist eine der streitbarsten Freiheitsparteien im Lager des demokratischen Sozialismus gewesen; mit dem Foltertod vor ihren Augen traten ihre Anhänger für Menschlichkeit, Freiheit und Gerechtigkeit in einem Staate ein, der sie später verriet. 20 000 sudetendeutsche Sozialdemokraten füllten nach München die Konzentrationslager des Dritten Reiches, und viele von ihnen bezahlten ihren Mut, ihre freiheitlich-demokratische Gesinnung mit der Leben. Einigen Tausend öffneten sich die Tore freier Länder. Treuegemeinschaften sudetendeutscher Sozialdemokraten, die inzwischen angesehene Bürger ihrer Gastländer geworden sind, existieren in Skandinavien, in Großbritannien und in Kanada.

Auf dem schwierigen Boden der Londoner Emigration wurde der Kampf um eine tragbare, die Rechte beider Völker sichernde Verständigung fortgesetzt. Auch dieser Kampf, nachzulesen in Jaksch's Buch "Europas Weg nach Iotsdam", ging verloren. Der damalige tschechische Staatspräsident Beneš kehrte nach dem Höllensturz des Dritten Reiches in sein Land zurück, um auf seine Art das Nationalitätenproblem der Tschechoslowakei zu lösen - durch das grausame Mittel der Austreibung der Sudetendeutschen. Zum zweiten Mal mußten sudetendeutsche Sozialdemokraten den Weg ins Ungewisse antreten, so das Schicksal mit jenen teilend, die früher in politischer Frontstellung ihnen gegenüberstanden. Sie brachten in ihre neue Heimat das Bekenntnis zu einer freiheitlich-sozialen Volksrepublik mit und die Kenntnis eines elementaren Zugehörigkeitsgefühls der osteuropäischen Völker zum Westen. Diese zwei Grundelemente bestimmen ihren Standort in der Bundesrepublik und umgrenzen ihre Wirksamkeit innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.

Die Seliger-Gemeinde verwaltet ein kostbares Erbe, sie stellt sich die Aufgabe, das Traditionsgut der sudetendeutschen Arbeiterbewegung zu wahren, zu pflegen und auszuweiten. Unter geänderten Zeitverhältnissen und unter völlig anderen politischen Bedingungen gilt es, das alte Ziel einer deutsch-slawischen Verständigung zu erreichen, Gerechtigkeit zwischen den Völkern zu verwirklichen. Der demokratische Sozialismus verfügt über eine starke Position. Seine Ausstrahlungskraft reicht weit in die Ostblockstaaten hinein. 25 Jahre nach München und 18 Jahre nach der Vertreibung sind in den heute kommunistisch regierten Ländern des Donauraumes die Ideen noch lebendig, die einst, vor der kommunistischen Machtergreifung, die arbeitenden Massen bewegten. Tschechische, polnische, rumänische, ungarische und bulgarische Sozialdemokraten wirkten einst in der Internationale mit ihrer deutschen Gesinnungsfreunden zusammen. Weder den nationalsozialistischen, noch den kommunistischen Diktatoren gelang es, die Erinnerung daran völlig auszulöschen.

Gewiß, vieles wurde verschüttet, tiefe Gräben zwischen den Völkern entstanden, die Grausamkeiten des Dritten Reiches und die Schrecknisse der Vertreibung haften dem Bewußtsein der Lebenden an. Doch in der neuen heranwachsenden Generation wächst auch das Verlangen nach einem Brückenschlag, nach einem Ausgleich.

Die Mehrheiten der Ostblockvölker wollen nicht mehr in die Krisengefahren des Kapitalismus und in den Zustand des Feudalismus. Sie erstreben einen Sozialismus, der Freiheit mit Planung verbindet, und es ist wahrhaftig kein Zufall, daß solche Ziele, niedergelegt im Godesberger Programm der deutschen Sozialdemokratie, nicht nur zum Wegweiser für das eigene Volk geworden sind. Die kommunistischen Diktatoren im Donauraum kämpfen gegen den Strom der Zeit, weder geistig noch wirtschaftlich können sie den Wettlauf mit den freien Völkern des Westens aushalten, ihr Gesellschaftsbild ist rückwärts gewandt und das Festhalten daran führte zu einer Erstarrung, gegen die sich die junge Generation aufbaut. Hier liegen Chancen und Möglichkeiten des freiheitlich-demokratischen Sozialismus.

Die diesjährige Tagung der Seliger-Gemeinde befaßte sich mit der Entwicklung in Ostblock. Das Wort des neuen Geschäftsführenden Vorsitzenden Ernst Paul, MdB, niemand von der sudetendeutschen Sozialdemokraten, und sie sprechen hier für ihre Landsmannschaft - denke daran, im Zuge einer künftigen Friedensregelung die eine Vertreibung durch eine zweite zu beantworten, wird seine Wirkung jenseits der Grenzen nicht verfehlen. Die freiheitlichen nach Westen blickenden Kräfte im tschechischen Volk dürften sich dadurch ermuntert fühlen. Ebenso ernst ist die Mahnung Wenzel Jaksche an die Führung der Landsmannschaft zu nehmen, lieber auf einige hundert Unverbesserliche zu verzichten, als durch unbedachte Briefe an die "Soldatenzeitung" das Ansehen der ganzen Volksgruppe zu gefährden. Der von mancher Seite entfachte Streit um das Münchener Abkommen führt in die Irre, bringt niemandem Nutzen, aber allen Schaden. Die Gefahren einer Radikalisierung nach rechts sind nicht zu übersehen; wer an diesem Tage wirkt, hat wohl nicht die Wohlfahrt der eigenen Landsleute im Sinn.

Niedersachsen plant langfristig

F-S-Hannover

Als Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs im Juni 1963 die Regierungsziele seiner neuen Koalitionsregierung vor dem Landtag erläuterte, versprach er u.a., daß sich die Landesregierung bemühen werde, durch eine vorausschauende Finanzplanung und eine klare Schwerpunktbildung das finanzielle Leistungsvermögen des Landes zu steigern, einen langfristigen Bedarfs- und Finanzierungsplan aufzustellen und den kommunalen Finanzausgleich des Landes noch weiter zu verbessern. Der Haushaltsplan für 1964 zeigt bereits den Weg zur Realisierung der von Ministerpräsident Dr. Diederichs aufgezeigten Ziele deutlich an.

Während für das nächste Jahr mit einer Steigerung des Sozialproduktes um 6 Prozent gerechnet wird, ist der niedersächsische Haushalt nur um 5,2 Prozent auf 5,31 Milliarden DM gestiegen. Bei den Steuereinnahmen für das nächste Jahr geht Niedersachsen von einem angenommenen Anteil des Bundes an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer von 39 Prozent aus. Aus dem Länderfinanzausgleich erwartet das Zonengrenzland 523 Millionen DM gegenüber 500 im Jahre 1963. Der Umstand, daß Niedersachsen 1963 bisher mit der Steigerung seiner Steuereinnahmen (13,2 Prozent) über dem Bundesdurchschnitt (6 Prozent) liegt, läßt allerdings befürchten, daß die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich 1963 den Betrag von 500 Millionen DM nicht erreichen werden und daß damit die Ausgangsbasis der Berechnung für 1964 möglicherweise zu hoch gewählt worden ist.

Auf der Ausgabenseite haben sich die Personalausgaben weiter um 123 Millionen DM erhöht, was einem Stellenzugang von 3.382 entspricht. Die Schwerpunktbildung im Etat kommt hier bereits deutlich zum Ausdruck, denn von den neuen Stellen entfallen nicht weniger als 2.388 auf den Kultursektor! An der für Hochbauten vorgesehenen Gesamtsumme von rd. 137 Millionen DM partizipieren die wissenschaftlichen Hochschulen allein mit 82 Millionen DM (1963: 61 von insgesamt 116 Millionen DM). Daneben sind 124 Millionen DM Bindungsermächtigungen ausgebracht. Auch im sozialen Wohnungsbau sind neben den Wohnungsbaudarlehen (173 Millionen DM) in erheblichem Umfang Bindungsermächtigungen ausgebracht worden. Mit dieser in Hochbau und in Wohnungsbau gewählten Veranschlagungsmethode soll erreicht werden, daß Planung und Haushaltswirtschaft einander angelehnt werden. Praktisch soll die Veranschlagung nicht größere Mittel binden als in einem Etatjahr auch ausgegeben werden können. Andersseits soll aber mit den Bindungsermächtigungen die Zukunft mit in die Planung einbezogen werden und ihre finanzielle Vorbelastung sichtbar werden. Ein Teil der beabsichtigten Mehrjahresplanung wird hier bereits im Etat des Landes deutlich, und der Bürger kann am Haushaltsplan ablesen, wieweit es der Regierung mit der Realisierung der versprochenen Maßnahmen ernst ist. Die langfristigen Planungen in Niedersachsen auf dem Gebiete der Kulturpolitik, der Agrarstrukturverbesserung und der Wirtschaftspolitik haben bereits im Etat ihren deutlichen Niederschlag gefunden. Die Erhöhung des Zuschussbedarfes in den genannten drei Sektoren allein beträgt für 1964 nicht weniger als 211,4 Millionen DM.

Für den kommunalen Finanzausgleich, dessen Verbundquote von 17 auf 20 Prozent verbessert worden ist, hat Niedersachsen 621 Millionen DM angesetzt, das sind 91 Millionen DM mehr als im Vorjahr, hinzu kommt noch eine Steigerung der Leistungen des Landes an die Gemeinden ausserhalb des Steuerverbandes von 23 Millionen DM, sowie eine weitere Ermässigung der Schulkostenbeiträge um 15 Millionen DM, so daß sich für die niedersächsischen Gemeinden im kommenden Haushaltsjahr insgesamt ein Plus von 129 Millionen DM ergeben wird.

Die Entscheidung der Griechen

Von Dr. Basil P. Katiopoulos

Das Ergebnis der griechischen Parlamentswahlen vom vergangenen Sonntag - die bisherige Oppositionspartei, die Zentrums-Union, erhielt etwa 43 Prozent der abgegebenen Stimmen - zeigt einmal, daß die griechischen Wähler die Bedeutung dieser echten Wahl nach der Kriege in ihrem vollen Umfang verstanden und erwogen haben, zum anderen aber auch, mit welcher politischen Reife die Wähler - sofern die Wahlen unter freiheitlichen Bedingungen stattfinden - über das Schicksal ihres Landes entscheiden. Bekanntlich hat die Zentrums-Union während der letzten zwei Jahre, seit den Wahlen vom Oktober 1961, unermüdet für die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland gekämpft, nachdem sie die letzten Wahlen als ungültig bezeichnet hatte und viele Fälle von Wahlfälschungen vor Gericht geklärt und abgeurteilt worden waren. Das Resultat der diesjährigen Wahl - man rechnet mit 142 Parlamentssitzen von insgesamt 300 für die Zentrums-Union - rechtfertigt diesen Kampf und ist zweifellos als die Billigung dieser Bemühungen durch das griechische Volk anzusehen.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen (Montag vormittag) war die Beteiligung an den Wahlen außerordentlich groß. Von 5,66 Millionen Wahlberechtigten gingen 4,5 Millionen zu den Urnen. Nur etwa 39,5 Prozent der abgegebenen Stimmen fielen der bisherigen Regierungs-Partei, der National-Radikalen Union, zu. Gegenüber den Wahlen vom Oktober 1961 bedeutet dies einen Stimmenverlust von über 10 Prozent: ein Ergebnis, das sich nicht allein mit der normalen Abnutzung einer Regierungs-Partei während einer achtjährigen Regierung erklären läßt. Zahlreiche Faktoren, insbesondere innenpolitischer Natur, trugen zu dieser Entwicklung maßgebend bei.

Die äußerste Linke (EDA), mit etwa 14,7 Prozent der abgegebenen Stimmen und voraussichtlich 27 Parlamentssitzen, konnte ihre Position im Vergleich mit den letzten Wahlen halten. Örtliche Stimmenverluste gingen zugunsten der Zentrums-Union. Die Fortschrittspartei unter Markezinis dagegen erhielt lediglich 3,65 Prozent der Stimmen und dürfte wahrscheinlich höchstens einen einzigen Sitz im Parlament erhalten.

Die endgültige Sitzverteilung im Parlament steht noch nicht fest. Sicher ist jedoch, daß keine Partei über die absolute Mehrheit verfügt und ohne die Beteiligung einer anderen Partei eine funktionsfähige Regierung stellen kann. Sicher ist ebenfalls, daß Konstantin Karamanlis, ehemaliger Ministerpräsident und Haupt der griechischen Rechten, aus dem politischen Leben des Landes ausscheidet. Schon vor den Wahlen war die Mehrzahl der politischen Beobachter in Athen der Meinung, mit dem Sturz seiner letzten Regierung habe er ausgespielt. Denn als Führer der Opposition hätte er sich niemals so bewähren können, wie dies sein jahrelanger Gegner, Papandreu, durch meisterliche Beherrschung aller parlamentarischen Raffinessen getan hat. Diese Vermutung hat sich gleich nach Bekanntwerden der ersten Wahlergebnisse bestätigt; Karamanlis äußerte in seinen Erklärungen nach der Wahl ausdrücklich die Absicht, sich aus dem politischen Leben zurückziehen zu wollen.

Die nächsten Tage in Athen werden kritisch und entscheidend sein. Doch das griechische Volk hat in eindeutiger Weise kundgetan, wem es die Führung der Geschicke des Landes anvertraut wissen will: nicht Extremisten und politischen Abenteurern, sondern einer liberalen und fortschrittlichen Regierung.